

Gerald Kemski-Lilleike

Wir müssen in der Gesellschaft wirken!

Eine der entscheidenden Ursachen für die schlechten Ergebnisse bei der Bundestagswahl ist die Tatsache, dass deutlich weniger Menschen uns als nützlich und eine Kraft erkennen, die in ihrem Interesse etwas bewegt.

Dabei sind die Belastungen, die der gegenwärtige Kapitalismus den Menschen vor allem mit geringem Einkommen beschert, enorm. Die Entwicklung der Preisspirale trifft nicht nur Hartz-IV-Bezieher*innen oder Empfänger*innen der Grundsicherung im Alter. Auch die Einkommen von „Normalverdiener*innen“ werden entwertet und die Löhne und Gehälter hinken der Inflation hinterher. Der Anstieg des Hamburger Mietenspiegels und der katastrophale Mangel an sozialem Wohnungsbau in Hamburg verschärfen die Lage für große Teile der Arbeiter*innenklasse noch mehr.

Das sind zentrale Fragen, die sich die Partei DIE LINKE. in unserer Stadt stellen muss. Und sie muss als Partei vor Ort aktiv und sichtbar werden.

Die Blase eines Landesparteitages, auf dem in erster Linie mit sich selbst beschäftigt wird, ist nicht geeignet, Vertrauen bei den Menschen zu erzielen und sie zur Gegenwehr zu ermutigen. Selbst gute Beschlüsse bewirken erst einmal nichts, wenn sie nicht vor Ort erläutert werden.

Es wird notwendig sein, mehr Stadtteilgruppen zu schaffen, die auch vor Ort sichtbar sind, sowohl an Info-Ständen als auch mit Haustürgesprächen. Wir in Eimsbüttel haben mit unserer Unterschriftensammlung für einen bundesweiten Mietendeckel vor allem bei Hausbesuchen in sozialen Brennpunkten gute Erfahrungen gesammelt. Wir waren dort die erste Partei, die sich an den Haustüren hat sehen lassen.

Wir müssen ferner niedrigschwellige Angebote machen, um die Menschen zu aktivieren. In Eimsbüttel machen wir uns die Herangehensweise der KPÖ aus Graz zu nutze. Die hat parallel zu unserer Bundestagswahl 29 Prozent bei der Stadtratswahl eingefahren. Nicht etwa deshalb, weil sie mit vielen Fremdworten besonders markige Sprüche losgelassen hat, sondern weil sie seit Jahrzehnten die Frage bezahlbaren Wohnraums als ihr Thema gewählt hat. Die KPÖ ist in der Stadt die Partei der Mieter*innen. Diesen hilft sie seit langem mit Beratungsangeboten und hat zahlreiche von ihnen zu Aktivist*innen gemacht.

Nach dem Motto: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt“ machen wir in Eimsbüttel pro Monat vier Beratungsangebote. Für Senior*innen, zwei Sozialberatungen und eine Familienberatung. Keine dieser Beratungen hatte bisher Null Resonanz und manchmal schaffen wir es kaum, die Anfragen abzuarbeiten.

Nicht nach dem Motto der Stellvertreter*innenpolitik, sondern mit der Aufforderung, selbst aktiv zu werden. Wir helfen dabei.

Nahezu alle diese Menschen haben reale Probleme, bis hin zur erneuten Fahrpreissteigerung beim HVV. Sie wären nie zu uns gekommen, wenn wir nicht dieses niedrighschwellige Angebot gemacht hätten.

In einem Haus haben wir die Gründung einer Mieter*inneninitiative bewirkt.

Wir müssen eben das Gespräch mit den Menschen suchen und nicht nur mit uns selbst, wie es gerne geschieht.

Dabei haben wir durchaus Verbündete in der sozialen Auseinandersetzung. Beispielsweise die Sozialverbände. Nahezu alle von diesen fordern wie DIE LINKE einen erheblichen Teuerungszuschlag für Empfänger*innen von Sozialleistungen. Da sind wir auf einer Linie. Kontraproduktiv wäre es allerdings, wenn sich unsere Partei demnächst für ein bedingungsloses Grundeinkommen aussprechen würde. Damit würden wir uns nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von allen Sozialverbänden isolieren.

Eine Partei wie DIE LINKE muss auch Stütze für die Gewerkschaften sein. Warum haben wir in Hamburg noch keinen Gewerkschaftsrat, wie auf Bundesebene oder in NRW, mit aktiven Kolleg*innen?

Der Hamburger Senat schert sich gegenwärtig einen Dreck um die Arbeitsplätze in einem Kernbereich wie dem Hamburger Hafen. Sowohl bei den Containerterminals von HHLA und Eurokai sind Arbeitsplätze bedroht. Die Existenz des Gesamthafenbetriebs GHB ist in Gefahr. Kein Wort dazu vom Hamburger Senat und Stillhalten im Aufsichtsrat der HHLA- Dort ist die Stadt selbst vertreten. Ebenso bedrohlich ist die Situation im Schiffbau. Bei Blohm & Voss lässt der Senat Eigner Lürssen Arbeitsplätze vernichten. Bei Sietas passiert gar nichts. Themen, zu denen sich DIE LINKE. Hamburg positionieren und mit den Betroffenen ins Gespräch kommen müsste.

Auch dort können wir zur Widerstandsentwicklung beitragen.

Wir müssen vor Ort als Partei des Sozialen und des Widerstands wahrgenommen werden können. Sonst machen wir uns selbst überflüssig.

Februar 2022